

Anrede,

beim Lesen Ihres Antrags fragt man sich ja unwillkürlich, warum Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht schon selbst umgesetzt haben, was Sie uns jetzt vorschlagen. Denn die Debatte um Hochschulautonomie und Personalautonomie ist keinesfalls neu.

Die Antwort auf diese Frage ist allerdings verblüffend. Sie lautet nämlich: Weil Ihre eigene Behörde, Ihre eigene Senatorin diese Idee bereits geprüft, aber mit guten Gründen verworfen hatte.

Erstens, weil dafür an den Hochschulen zusätzliche Verwaltungskapazitäten geschaffen werden müssten und alle Synergie-Effekte dabei verloren gingen. Zweitens, weil die Abgrenzungen bei den Versorgungslasten extrem schwierig sind.

Mit anderen Worten: Jetzt als Opposition schlagen sie uns vor, was sie als Regierung selbst nicht für klug hielten.

Darüber hinaus wollen wir ja gerade erreichen, dass es in allen Bereichen der Stadt, wo Menschen mittelbar oder unmittelbar für die Stadt arbeiten, eine Gleichbehandlung der Beschäftigten gibt, eine Einheitlichkeit der Arbeits- und Tarifbedingungen. Wir sind ja gerade mit verschiedenen Initiativen dabei, den Wildwuchs auf dem Arbeitsmarkt einzugrenzen, auch und gerade in den städtischen Sektoren. Und da werden wir einen solch bedeutenden Teilarbeitsmarkt wie die Hochschulen sicher nicht weiter zersplittern.

An diesem Punkt ist übrigens das Land NRW, auf das Sie sich in Ihrem Antrag ja auch beziehen, ein warnendes Beispiel. Dort ist, noch unter der CDU-Regierung wohlgemerkt, in der Tat gemacht worden, was Sie uns hier vorschlagen. Mit dem Erfolg, dass es für Beschäftigte an den Hochschulen in NRW inzwischen erheblich schwieriger geworden ist, von einer Hochschule an eine andere zu wechseln, weil die arbeitsvertraglichen und tarifären Bedingungen so uneinheitlich sind. An diesem Beispiel kann man gut lernen, was der Unterschied ist zwischen „gut gemeint“ und „gut gemacht“: Durch die vermeintliche Flexibilisierung an den Hochschulen in NRW ist der dortige Arbeitsmarkt in diesem Sektor nicht flexibler geworden, sondern unflexibler, meine Damen und Herren.

Ihr Vorschlag ist aber nicht nur undurchdacht und ungeeignet; er ist auch überflüssig.

Er ist überflüssig, weil die Hochschulen in Hamburg bereits jetzt eine sehr weitgehende Selbstbestimmung in allen Personalfragen genießen. Das haben wir mit den Hochschulen in den Vereinbarungen einvernehmlich geregelt und verbindlich festgeschrieben.

Deshalb brauchen die Hochschulen keine weiteren Umstrukturierungen, die im Ergebnis nichts bringen, aber hohen Aufwand und hohe Kosten erzeugen.

Die Hochschulen und ihre Beschäftigten brauchen stattdessen ganz andere Dinge, die wirklich wichtig sind. Und die packen wir an:

Sie brauchen erstens Planungssicherheit. Und die haben sie jetzt mit den Hochschulvereinbarungen, die wir geschlossen haben. Ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten, in denen Sie die Verantwortung trugen und es ein ständiges auf und ab, ein ständiges hin und her gab. Reformchaos war gestern, Verlässlichkeit ist heute, meine Damen und Herren.

Die Hochschulen brauchen zweitens wieder mehr innere Demokratie. Ich hatte anlässlich einer ähnlichen Debatte schon im letzten Jahr unseren Standpunkt klargemacht, dass externe Autonomie nur in Verbindung mit interner Demokratie einen guten Sinn ergibt und zu wirklicher Selbstbestimmung führt.

Dazu gehört auch, drittens, die Mitbestimmung der Beschäftigten. Deshalb werden wir mit der zwischen Senat und Gewerkschaften bereits vereinbarten Novellierung des Personalvertretungsgesetzes die Mitspracherechte der Personalräte wieder stärken, meine Damen und Herren, auch an den Hochschulen.

Und, last but not least, brauchen die jungen wissenschaftlichen Beschäftigten an den Hochschulen endlich wieder verlässliche Karriereperspektiven und erträgliche Arbeitsbedingungen statt nur sehr kurzer Befristungen. Dafür streiten wir mit unserer Initiative, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Bundesebene zu verändern, meine Damen und Herren.

Mit diesen Initiativen und Impulsen für Hamburgs Hochschulen kümmern wir uns um die wirklich wichtigen Dinge für unseren Wissenschaftsstandort und die Beschäftigten. Es ist bezeichnend, dass Sie sich stattdessen um eher technische Fragen sorgen, die noch dazu im Ergebnis mehr Schaden anrichten als nutzen würden. Aber deswegen sind Sie ja auch Opposition, und wir Regierung. Und das ist auch gut so!